

Enztal-Blote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis M. 4.80 vierteljährlich, M. 1.60 monatlich.
frei ins Haus geliefert; durch die Post im innerdeutschen
Verkehr M. 4.65 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile ober deren
Raum 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeilen
75 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad bei der Expedition Wilhelmstrasse 99, in Calmbach durch die Austrägerin.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei Schriftleitung: Ch. Hack, beide in Wildbad. — Versprecher Nr. 33.

Nr. 22

Mittwoch, 28. Januar 1920

Jahrgang 54

Der Anschlag auf Erzberger.

Ueber den Anschlag auf den Reichsfinanzminister Erzberger melden die Berliner Blätter:

Erzberger verließ in Begleitung des Regierungsrats v. Kämmer, seiner beiden Rechtsanwältinnen und zweier ihm beigegebenen Schutzbeamten nachmittags 1/2 3 Uhr das Gerichtsgebäude in Moabit nach Schluß der Verhandlung in dem Prozeß Erzberger-Helfferich. Er war im Begriff, sein Auto zu besteigen, als ein junger Mensch an dem Kraftwagen herantrat und auf Erzberger einen Schuß abgab. Der Minister fiel in den Wagen hinein, worauf noch zwei Schüsse fielen. Der Wagenlenker fuhr nun rasch davon. Erzberger wurde dann zu einem Arzt gebracht, der eine Durchscheidung mit Röntgenstrahlen vornahm und einen Notverband anlegte. Die Kugel war in den Arm eingebunden und in der Schulter haken geblieben; sie konnte noch nicht entfernt werden. Eine zweite Kugel hatte Erzberger in der Bauchgegend getroffen, sie war aber an einem metallenen Gegenstand abgeprallt; der dritte Schuß hatte nicht getroffen. Die Verletzung an der Schulter gibt nach den Zeitungsnachrichten zu Besorgnissen keinen Anlaß, da eine unmittelbare Lebensgefahr nicht vorliegt, doch erheischt der Zustand für die nächsten Tage größte Schonung. Nach Anlegung des Verbands wurde Erzberger in seine Wohnung verbracht.

Der Täter wurde auf dem Blase von den Umstehenden niedergeschlagen. Es ist ein 20jähriger Gymnasiast namens Oltwig v. Hirschfeld, Sohn eines Bankbeamten in Berlin-Regist. Er war bis zum Ausbruch des Kriegs Schüler, trat dann in das Heer ein und war im Felde. Er wurde Jährling. Nach Kriegsende besuchte er wieder das Gymnasium. Hirschfeld wurde, nachdem er auf der nächsten Unfallstation den ersten Verband erhalten hatte, sofort im neuen Arminia-Gericht vernommen. Er gab an, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Erzberger ein Schädling sei und diese Ueberzeugung sei durch die Gerichtsverhandlung, der er beiwohnte, befestigt worden. Er väterländische Interesse müsse Erzberger von seiner Stellung befreit werden. Er habe den Minister nicht töten wollen, deshalb habe er auch nicht nach dem Kopf gezielt. Die Tat habe er mit niemandem vorher besprochen. Er habe aus eigenem Antrieb und ohne Beeinflussung von anderer Seite gehandelt. Vor seiner Abführung in das Untersuchungsgefängnis schrieb Hirschfeld noch folgenden Brief an seine Eltern:

„Liebe Eltern! Es ist mir gelungen, Minister Erzberger anzuschließen. Hoffentlich mit Erfolg seines Ausscheidens aus der Regierung. Mein Leben ist zu Ende, aber ich scheide mit dem Bewußtsein, meinem Volk genützt zu haben. Herzliche Grüße Oltwig v. Hirschfeld.“

Kundgebung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung erläßt eine Kundgebung, in der es heißt: Die Reichsregierung steht erschüttert und in tiefer Empörung vor dieser verbrecherischen Ausdehnung des politischen Kampfes, der eins ihrer Mitglieder mitten in der Durchführung der ihm anvertrauten schwierigsten Aufgabe vernachlässigt zum Opfer gefallen wäre. Sie hängt den Attentäter an die Rochschäpe keiner Partei. Sie stellt aber vor aller Welt fest, daß die blutige Tat unmöglich gewesen wäre, ohne die sinnlose und verantwortungslose Depe, die seit Monaten und in den letzten Tagen erst recht gegen den Reichsfinanzminister getrieben worden ist. Sie sieht es als größtes Unglück unseres Volkes an, daß die schwerste Schicksalsprüfung Deutschland in einer geistigen Verfassung trifft, aus der heraus solche Schandtaten erwachsen können. Sie hat die einzige Hoffnung, daß die Schüsse in Moabit eine allgemeine Aufrüttelung bewirken möchten, damit den beunruhigten Bayern, in welchem Lager sie stehen mögen, klar wird, vor welchem Abgrund wir alle stehen. Die Reichsregierung wird nicht nur ihre Mitglieder, sondern jeden Volksgenossen gegen Gewalt und Vergewaltigung schützen. Sie ruft unter dem Eindruck des vergossenen Blutes alle Deutsche auf, mit ihr diesen Schutz zu übernehmen gegen Verbrecher gegen Einzelne oder das ganze Volk.

Die Tat des Schülers Hirschfeld ist fast unbegreiflich. Es mag ihm die Tat des Grafen Arco vorgezeichnet haben, der in München Eisner niederstieß und der erst in den letzten Tagen durch seine Verurteilung zum

Tode und seine Verurteilung wieder der Vergessenheit anheimgegeben wurde, in die er bereits verfallen war. Aber gerade das Beispiel Arco hätte dem Berliner Jährling eine Warnung sein müssen. Arco hat durch seinen Revolveranschlag München nicht von der kommunistischen Herrschaft befreit, sondern es geradezu in sie hineingestürzt. So hätte auch Hirschfeld sich sagen müssen, daß er durch eine Verwundung des Reichsfinanzministers — es ist ihm wohl zu glauben, daß er an eine Tötung nicht dachte — doch nimmermehr erreichen werde, was er als sein Ziel angab. Die Entfernung Erzbergers aus Amt und Einfluß. Inwieweit ist also der Anschlag, wie jedes politische Attentat, eine Torheit sonderbar. Fast immer bringen solche Gewaltmittel das Gegenteil von dem hervor, was die Urheber beabsichtigen.

Aber mehr noch: man kann sich die Wahnsinnigkeit auch nur erklären unter dem Gesichtswinkel der völligen Annullierung des moralischen Bewußtseins unserer Zeit. Was gibt heute noch ein Menschenleben, wie leicht nimmt man das Blutvergießen! Hier liegt die Wurzel für die Uniaten eines Arco ebenso wie eines Hirschfeld mit tausend anderer. Und das eben ist das Schlimmste, das das Bedenklichste. Es muß wieder wahr werden: Wer zur Wurdlosigkeit greift, ist ein Würdeloser, mag er aus politischen oder anderen Beweggründen handeln und mag der Zweck sein, welcher er will.

Neues vom Tage.

Die Schließung der Betriebswerkstätten.

Berlin, 27. Jan. Im ganzen hat die preuß. Regierung Eisenbahnbetriebswerkstätten geschlossen. Die Arbeiter haben in Versammlungen Widerstand erhoben. In Siedlungen ist es bis jetzt nicht gekommen.

Die Sechsstundenschicht.

Vohum, 27. Jan. Die Hauptversammlung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbands sprach sich einstimmig für die Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit auf sechs Stunden aus. Der Antrag, die Sechsstundenschicht im Februar durch Arbeitseinstellung zu erzwingen, wurde mit 182 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Ueber die Angelegenheiten bei den Tarifverhandlungen wurde u. a. mitgeteilt, daß der Grundlohn der unterirdisch beschäftigten Arbeiter um drei Mark, der Obergelohn um 5 Mark erhöht wird. Die Kinderzulage erhöht eine Erhöhung von 20 Pfennig auf eine Mark. Eine Lohnzulage von einer Mark die Stunde erhalten Bodenarbeiter. Der Mindestlohn eines Häuers steigt auf über 40 Mark im Tag. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Vertreter Oberschlesiens, darunter zehn Vertreter polnischen Namens, Einspruch erheben gegen die Abtrennung des südlichen Teils von Oberschlesien.

Berlin, 27. Jan. Minister Erzberger hat die Nachverhältnismäßig ruhig verbracht. Die Wunde verursachte ihm große Schmerzen und verhinderte jede Bewegung des Armes, umso mehr als sich eine Blutgeschwulst gebildet hat. Die Röntgenaufnahme kann erst heute erfolgen.

Im Anschluß an das Verhör des verhafteten Oltwig v. Hirschfeld im Polizeipräsidium erzielte sofort seine eingehende Vernehmung durch Oberstaatsanwalt Krauß von der Staatsanwaltschaft I. In dieser Vernehmung hat der Täter im wesentlichen dieselben Angaben wiederholt, die er bereits vorher gemacht hatte. Heute vormittag ist er dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt worden.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat der Reichsfinanzminister noch gestern Abend den Unterstaatssekretär Möller mit seiner Vertretung beauftragt.

Die Blätter aller Richtungen ohne Ausnahme verurteilen scharf den Anschlag auf Erzberger. Die Deutsch-nationale Partei gab in einer Versammlung dem Abscheu vor dem sinnlosen Anschlag Ausdruck.

Berlin, 27. Jan. In der preuß. Landesversammlung sprach Präsi. Reinert das Bedauern über den Anschlag auf Erzberger aus.

München, 27. Jan. Ministerpräsident Hoffmann gab im Verfassungsausschuß dem Bedauern über den Moabit-Anschlag auf Minister Erzberger Ausdruck. Er sprach dem Minister und seiner Familie sein Beileid aus. Der Vorsitzende Adersmann schloß sich den Worten Hoffmanns an.

Wien, 27. Jan. Die Blätter sprechen ihr Bedauern über den Anschlag auf den Reichsminister Erzberger aus.

Mailand, 27. Jan. Wie der „Corriere della Sera“ aus Rom meldet, hatte der englische Botschafter gestern eine lange Unterredung mit Nitri über die Adriafrage.

100 000 Mann reichen nicht.

Amsterdam, 27. Jan. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Zeitung „Telegraaf“ erklärte Nolske, die Neutralen und die Entente hätten das größte Interesse daran, daß Deutschland bald zur Ruhe komme. Vielleicht komme die Entente noch im letzten Augenblick zu der Einsicht, daß das Deutschland erlaubte Heer von 100 000 Mann nicht in der Lage ist, die Ruhe im Mittelpunkt Europas zu gewährleisten.

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Konstanz, 27. Jan. Die ersten Transporte deutscher Kriegsgefangener, die über die Schweiz nach Konstanz kommen, werden am 3. Februar hier eintreffen. Es handelt sich meist um Offizierstransporte, die gewöhnlich jeden Dienstag und Freitag hier ankommen. Voraussetztlich werden auch zwischen einem Mannschaftstransporte eintreffen.

Mandatsniederlegung.

München, 27. Jan. Der Abgeordnete der Nationalversammlung Dr. Lauer-Amberg (Bayer. Volkspartei) hat sein Mandat niedergelegt.

Die Abkennung des Dr. Rosen.

Köln, 27. Jan. Wie der „Köln. Zig.“ gemeldet wird, hat die spanische Regierung den Dr. Rosen, bisher Gesandter in Haag, abgelehnt, weil er seinerzeit in langer Verhandlungsgegnung gegen Frankreich in der marokkanischen Frage war und die spanische Regierung sich keinen Einwirkungen vonseiten der französischen Regierung aussetzen wollte. Außerdem sei die Ernennung Rosens in Deutschland bekannt gegeben worden, bevor die spanische Regierung verständigt war.

Räumung.

Berlin, 27. Jan. In dem geräumten Thorn wurden die Standbilder Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I., die in den Nischen der beiden Südpfeiler der Eisenbahnbrücke aufgestellt waren, durch Gewehrschüsse unkenntlich gemacht.

Danzig, 27. Jan. Die Räumung der abzutretenden Gebiete in Westpreußen, Ostpreußen, Oberschlesien, Memel und Danzig ist um 8 Tage verschoben worden.

Hadersleben, 27. Jan. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Hadersleben, das bekanntlich vor Einzug der französischen Truppen mit Säden verhäßt werden mußte und dessen Beseitigung von einem Teil der Einwohnerschaft gefordert worden war, wird auf dem Grundstück des Deutschen Bürgervereins aufgestellt werden, um es allen weiteren Angriffen zu entziehen.

Berlin, 27. Jan. In der heutigen Generalversammlung der Siemens und Halske A.-G. wurde die Dividende auf 12 Prozent festgesetzt.

Die Auslieferung.

London, 27. Jan. „Daily Telegraph“ meldet, es werde an die niederländische Regierung eine neue Note gerichtet werden, die demnächst durch einen Ausschuss von Rechtsfachverständigen der alliierten Regierungen aufgestellt wird.

Sonntagsruhe für Schriftleiter.

Amsterdam, 27. Jan. Wie die „Times“ aus Madrid meldet, wurde in Spanien durch königlichen Beschluß die Sonntagsruhe für Schriftleiter eingeführt. Zwischen Sonntag und Montag mittags darf in Zukunft keine Zeitung mehr gedruckt oder verkauft werden. Zwischen Sonntag 6 Uhr morgens und Montag 6 Uhr morgens werden keine telegraphischen und telephonischen Pressemeldungen angenommen.

Die Botschafterkonferenz.

Paris, 27. Jan. (Havas.) Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität konnte die Botschafterkonferenz nach dem „Echo de Paris“ nur den früheren Beschluß des Obersten Rates aufrechterhalten. Der Völkerbundrat wird über die von der Schweiz dargelegten Vorbehalte entscheiden.

Paris, 27. Jan. (Havas.) Der „Matin“ meldet aus dem Haag, dort gehe das Gerücht um, daß, wenn Amerika das Mandat über Armenien nicht annehmen sollte, dieses den Niederlanden übertragen würde.



Neues vom Tage.

Ausschlag auf Erzberger.

Berlin, 26. Jan. Als Minister Erzberger heute nachmittag gegen halb 3 Uhr das Gerichtsgebäude in Moabit verließ und sich in seinen Kraftwagen begeben wollte, feuerte ein junger Mann zwei Revolvergeschosse auf ihn ab. Der Minister wurde durch einen Schulterchuß leicht verletzt. Die zweite Kugel, die ihn in der Bauchgegend traf, drallte an einem metallenen Gegenstand in der Tasche des Ministers ab. Der Täter wurde verhaftet.

Abgelehnter Botschafter.

Berlin, 26. Jan. Amtlich wird mitgeteilt, daß die spanische Regierung die Ernennung des Dr. Kojen zum deutschen Botschafter in Madrid nicht anerkannt hat. Ob die Ablehnung an der Person Kojens begründet ist, oder ob Spanien an dem „Botschafter“ Anstoß nimmt, der nur von einer Großmacht ernannt werden kann, oder ob deutscherseits ein Formfehler vorliegt wie bei der Ernennung des Dr. Maner für Paris, geht aus der Meldung nicht hervor. (D. Schr.)

Gegen die Auslieferung.

Berlin, 26. Jan. Die vaterländischen Verbände veranstalteten gestern im Zirkus Busch eine überaus stark besuchte Versammlung, die gegen die Auslieferung des Kaisers und aller Reichsdeutschen Widerstand erhob. Nach Schluß der Versammlung wurden die Teilnehmer von den Unabhängigen auf der Straße angegriffen und es kam zu Tätlichkeiten. Die Polizei und Truppen schritten ein. Eine zweite Protestversammlung wurde vom „Bund der Aufrechten“ (Konservative) in der Singalademie einberufen.

Weimar, 26. Jan. Eine Kreisversammlung von Weimar und Umgebung erhob gegen die Auslieferung des Kaisers und anderer Reichsangehöriger scharfen Einspruch.

In Magdeburg forderte eine Versammlung der Deutschdemokratischen Partei die Regierung auf, die Auslieferung abzulehnen.

Helsingfors, 26. Jan. Alle finnischen Zeitungen veröffentlichen Proteste gegen die Auslieferung des Kaisers, die juristisch und moralisch verwerflich sei. Die Proteste sind von 70 hervorragenden Männern unterzeichnet.

London, 26. Jan. Reuter erfährt, mit der Ablehnung Hollands werde die Frage der Auslieferung noch nicht erledigt sein. Der Oberste Rat oder die ihn erscheidenden Organe werden die Angelegenheit beraten und mit Holland unterhandeln.

London, 26. Jan. Nach der „Times“ sagte Lloyd George, er bürge dafür, daß der Kaiser ausgeliefert und abgeurteilt werde.

Paris, 26. Jan. Der „Temps“ meldet, Millerand habe sich dahin ausgesprochen, daß ein Druck auf Holland ausgeübt werden müsse. Zunächst soll Deutschland aufgefordert werden, die Auslieferung zu verlangen.

Das Reichswahlgesetz.

Berlin, 26. Jan. Der Entwurf des Reichswahlgesetzes ist bekannt gegeben worden. Danach soll auf je 60 000 abgegebene Stimmen ein Abgeordneter entfallen. Sollte damit die Zahl von 400 Abgeordneten nicht erreicht werden, so kann die Regierung die Stimmenzahl entsprechend herabsetzen. Wähler, die keinen festen Wohnsitz haben (Reisende, Lokomotivführer usw.), erhalten Wahlzettel, mit denen sie in jedem Wahlbezirk ihre Stimmen abgeben können.

Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten läßt die absolute Mehrheit entscheiden. Sollte sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so soll in einem zweiten Wahlgang die verhältnismäßige Mehrheit den Ausschlag geben.

Schließung von Betriebswerkstätten.

Berlin, 26. Jan. Da die Leistungen der Eisenbahnbetriebswerkstätten immer geringer werden, die Kosten dagegen immer mehr steigen, hat die preussische Regierung sich veranlaßt gesehen, folgende Werkstätten zu schließen: Berlin I und II, Breslau II und IV, Stargard, Sebalbsbrück (Hannover), Darnstadt I und II, Solbke (Magdeburg), Frankfurt a. M., Königsberg. Nur solche Arbeiter werden wieder aufgenommen, die sich zu Akkordarbeit und achtstündiger Arbeit im Tag verpflichten.

Elbing, 26. Jan. Die Schidau-Werke haben wegen des geheimen Widerstands eines Teils der Arbeiter den Betrieb stillgelegt.

Lederkonjunkturgewinn.

Berlin, 26. Jan. Nach der Aufhebung der Höchstpreise und der Zwangsbeschaffung von Leder im vorigen Jahr durften die Händler, die billiges Leder zugewiesen bekommen hatten, es zu höheren Preisen verkaufen. Dieser Konjunkturgewinn beträgt nach amtlicher Schätzung 300 bis 500 Millionen Mark. Der Reichsrat hat nun zugestimmt, daß von dem Gewinn eine Abgabe von 60 Prozent an die Reichskasse abzuliefern ist.

Berlin, 26. Jan. Die bayerische Regierung hat beim Reichsrat den Antrag gestellt, es möge unverzüglich geprüft werden, ob nicht eine neue planmäßige Bewirtschaftung von Häuten und Leder ausgedacht werden könne, oder ob wenigstens den empörenden Mißständen im Lederhandel entgegengetreten werden könne, namentlich dem übertriebenen Verbrauch von Leder zu Luxuswaren.

Die Räumung.

Berlin, 26. Jan. Die Offiziere der Marinekommission, die jetzt ihre Besichtigung Helgolands beendet haben, berichten, daß die Verteidigungswerke auf der Insel bereits völlig in Trümmer liegen.

Stensburg, 26. Jan. Als die Reichswehrtuppen gestern nach Rostock abzogen, gaben ihnen über 30 000 Einwohner das Geleite zum Bahnhof.

Stensburg, 26. Jan. Auf dem Platz vor dem neuen Ministerium fand gestern eine dänische Kundgebung statt,

zu der man mit Automobilen und mit der Eisenbahn 600 dänisch Gesinnte aus der Umgebung herbeigeholt hatte. Trotzdem belief sich die Zahl der Teilnehmer nur auf ungefähr 300. Die Deutschen veranstalteten eine Gegenkundgebung.

Danzig, 26. Jan. Am Samstag sind die deutschen Truppen abgezogen. Die ganze Stadt war mit schwarzweiß-roten Fahnen, die zum Zeichen der Trauer auf Halbmaß gezogen waren, geschmückt. Die Bevölkerung veranfaßte begeisterte Kundgebungen für das Deutschland.

Die deutsche Regierung hat an die Letzen 52 Lokomotiven und 829 Wagen in Wirballen ausgegliedert. Auch an Polen ist eine große Menge Eisenbahnmateriale abgeholt worden.

Kattowitz, 26. Jan. Die Besetzung von Oberschlesien durch alliierte Truppen ist verschoben worden.

Rheinische Sonderbündler.

Köln, 26. Jan. In Boppard fand eine aus allen Teilen der Rheinprovinz besuchte Vertreterversammlung statt, der auch Dr. Dörten-Wiesbaden anwohnte. Die Versammlung billigte in einem Antrag die Ausführungen des Abg. Trimborn auf dem Zentrumsparteitag, daß das Uebermaß des preussischen Staats befristet und ein zentralistischer Einheitsstaat geschaffen werden müsse. Das alte Preußen müsse sofort aufgelöst und den neugebildeten Gliedstaaten wünschende Selbstverwaltung gesichert werden. Für das besetzte Gebiet solle ein eigenes Parlament eingesetzt werden.

Berlin, 26. Jan. Prof. Duden-Heidelberg erzählt in einem Vortrag über den Frieden von Versailles, das französische Oberkommando in der Pfalz habe am 19. März 1919 eine geheime Dienstweisung erlassen, mit Rücksicht auf die Loslösungsbestrebungen in der Pfalz (Dr. Haas) und die Vorgänge in München (Kommunistenaufstand) müsse man der linksrheinischen Bevölkerung gewisse Sonderrechte versprechen.

Paris, 26. Jan. Die „Action Française“ bespricht die Loslösungsbestrebungen des bayerischen Abgeordneten Dr. Geim gegenüber dem Einheitsstaat Erzbergers. Das Blatt schreibt, Millerand werde da seine Verteidigung beweisen können. Es sei eine wichtige Aufgabe der französischen Politik, den Trennungsgedanken in Deutschland zu fördern.

Kundgebung für den Anschluß.

Wien, 26. Jan. Die Großdeutschen veranstalteten gestern zwei Massenversammlungen. Dr. Dinghofer, einer der Präsidenten der Nationalversammlung, forderte unter förmlichem Beifall den Anschluß an Deutschland, sonst sei Oesterreich verloren. In einer Entschließung wurde die Regierung aufgefordert, endlich den Weg zu gehen, den die Not und der Volkswille zeigen. Sie solle manhaft vor die Mächte der Welt treten und ihnen sagen: Ihr lenkt Oesterreich nicht hessen. Laßt uns zu unseren Brüdern im Deutschen Reich. Trübt es nicht soweit, daß ein verzweifeltes Volk gegen euren Willen die Wagnisprobe niederreißt.

Die Botschafterkonferenz.

Paris, 26. Jan. Die Botschafterkonferenz, die an die Stelle des aufgelösten Obersten Rats tritt, ist heute unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten. Beträgt sind außer Frankreich die Botschafter Großbritanniens, Italiens, Japans und des Vereinigten Staaten.

Paris, 26. Jan. Jounart wurde zum Vorsitzenden der Wiedergutmachungskommission gewählt.

Der Krieg im Osten.

London, 26. Jan. Lloyd George bekräftigt laut „Times“, daß Truppen nach dem Kaukasus geschickt werden. Es handle sich nur um Kriegsmaterial.

Es gehen Gerüchte, daß unter den roten Truppen der Koslauer Garnison eine Meuterei ausgebrochen sei.

Japanische Verstärkungen sind nach Sibirien geschickt worden.

Peist in Moskau.

Stockholm, 26. Jan. „Svenska Dagbladet“ meldet aus Dorpat, der Rat der Sowjet-Volkskommissare habe sich wegen der Peist von Moskau nach Twer begeben.

Versicherung deutscher Schiffe.

Rio de Janeiro, 26. Jan. (Davas.) Nach einer Zeitungsmeldung stehen amerikanische Bankiers mit der Regierung von Brasilien in Verhandlungen wegen des Verkaufs von 26 ehemaligen deutschen Schiffen für die Summe von ungefähr 36 Millionen Dollar an Amerika.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 24. Jan. Der Verteidiger Dr. Alsbach fragt, ob Erzberger irgend ein Fall bekannt sei, daß bei einer Gesellschaft ein Anwiderra statt Lantime einen festen Gehalt erhalten habe. — Zeuge Erzberger bemerkt, ein solcher Fall sei ihm augenblicklich nicht bekannt. In englischen Gesellschaften sei dies ganz und gäbe. — Abg. Helfferich bestritt dies; es sei eine außerordentlich auffallende Sache. Daß bei Aufsichtsräten die Lantime garantiert würde, sei ihm gänzlich unbekannt.

Der Direktor des Thyssenwerks, Kabe, sagt aus: Auf einer geschäftlichen Reise, die ich mit August Thyssen nach Stockholm machte, sprachen wir davon, daß die Frage der Erzbergschaffung immer schwieriger werde. Herr Thyssen fragte mich, ob ich wohl den Abgeordneten Erzberger für geeignet halte, unsere Interessen im Reichstag wahrzunehmen. Ich bejahte diese Frage. Es kam zur Sprache, daß im Thyssenschen Konzern die Absicht bestand, im Erzbeden Brien-Longwo die Brien-Gruben gegen den Besitz des Thyssen-Konzerns in der Normandie auszutauschen. In diesem Zusammenhang soll Erzberger bei der Propaganda für die Annexion auch die Normandie-Küste, bzw. die der Küste vorgelagerten Normandie-Inseln geordert haben. Die Friedensrevolution war die Ursache für den Austritt Erzbergers aus

dem Aufsichtsrat gewesen. Es hat ein Briefwechsel zwischen August Thyssen und Erzberger stattgefunden, der dann noch eine persönliche Aussprache folgte. Nach der Friedensresolution hat in den leitenden Kreisen des Thyssen-Konzerns eine erregte Stimmung gegen Erzberger Platz gegriffen. Man war durch die Friedensresolution vollkommen überrast und hielt sie für das größte Unglück für Deutschland. — Helfferich fragt, ob dem Zeugen bekannt sei, daß Erzberger 1918 einen Vorstoß wegen der Ausfuhrzölle im Hauptanschuß gemacht habe und ob dies e's Nachhaft gegenüber Thyssen aufgefaßt worden sei. — Kabe bemerkt, er habe Erzberger ein solches Motiv nicht zugeraut.

Hierauf wurde Fritz Thyssen als Zeuge vernommen. Erzberger habe bei seinem Eintritt in den Aufsichtsrat betont, daß seine politische Auffassung nach keiner Richtung hin beeinflusst werden dürfe. Bei der festen Vergütung haben keine Hintergedanken bestanden. Sein Vater (Thyssen) habe sich einige Zeit mit dem Gedanken beschäftigt, Ansprüche auf die Brien-Gruben geltend zu machen als Ausgleich für die Bequahme der eigenen Gruben in der Normandie. Sein Vater sei nicht der Ansicht gewesen, daß Erzberger wegen materieller Vorteile den Posten angenommen habe.

Berlin, 26. Jan. Heute wurde der preuss. Finanzminister Südekum vernommen, weshalb der Geheime Rat Helfferichs (Ausfuhrzölle auf Industrieerzeugnisse) geschwiebert sei; wieso Erzberger vorgeworfen werden könne, daß er dagegen gewesen sei, solange er im Aufsichtsrat bei Thyssen war, und dann dafür eintrat, als er sich von Thyssen getrennt hatte. Südekum gab an, er habe die Ausfuhrzölle bei seiner (sozialdem.) Partei damals nicht bestritten, weil nach seiner Meinung die Neutralen Gegenmaßregeln getroffen hätten. Er (Südekum) habe den Eindruck gehabt, daß sich auch Erzberger diesen Gründen nicht verschließe. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Erzberger an der Frage ein persönliches Geldinteresse habe. — Der Zeuge Unterstaatssekretär Müller, der damals amtlich mit den Parteien Fühlung zu nehmen hatte, bekundet, nach seinem Eindruck sei Erzberger von seinen anderen, als sachlichen Gründen geleitet gewesen. Weshalb er dann seine Stellung änderte, dafür habe er (Zeuge) keinen Anhalt.

Baden.

Karlsruhe, 26. Jan. Die Kirchenversammlung der evangelischen Landeskirche zum Westen der neugegründeten Diakonienanstalt auf dem Schwarzacherhof hat 19 691 Mk ergeben. Die am Konfirmationstag 1919 erhobene Kirchensteuer für die Landeskirchen-Gemeinschaft 18 934 Mk, endlich die Karfreitagsskollekte zugunsten des Melancthonvereins für die Schulerheime 25 278 Mk. Die diesjährige Kirchenversammlung für den Landesverein für Innere Mission ist auf den 29. Februar gelegt.

Karlsruhe, 26. Jan. Die Gastwirtsangestellten haben mit 360 gegen 8 Stimmen den sofortigen Streik beschlossen. Da über den verlangten Tarif mit Abschaffung des Trinkgelds keine Einigung mit den Arbeitgebern erzielt wurde. Die übrigen Städte Badens haben sich angeschlossen.

Karlsruhe, 26. Jan. Der Streik bei der Albtalbahn ist beendet. Ein sofortiger Vorstoß wird gewährt. Der Betrieb der Bahn wurde heute wieder aufgenommen.

Karlsruhe, 26. Jan. Der Stadt ist eine größere lindenstielte Vollmilch zugegangen, die als amerikanische Liebesgabe für die hiesige Bevölkerung bestimmt ist. Die Milch soll den bedürftigen Müttern und Kindern zugute kommen.

Mannheim, 26. Jan. Der Bürgerausschuß hat beschlossen, die Tagespreise im Nationaltheater um 75 Prozent zu erhöhen.

Nastatt, 26. Jan. Der erste Transport Kriegsgefangener aus Frankreich trifft, wie mitgeteilt wird, am Dienstag, den 27. ds. Mis., im hiesigen Durchgangslager ein.

Densbach bei Bühl, 26. Jan. Ueber 80 Tabakpflanzler haben den ihnen zum eigenen Gebrauch zustehenden Tabak (30 Kilogramm für jeden Pflanzler) zusammengekauft zu gemeinschaftlicher Vergärung. Der Tabak soll dann in vorgereinem Zustand verkauft werden.

Donauwörth, 26. Jan. Ein Bürgersohn aus Döggingen, der vor etwa 10 Jahren mit seiner Familie nach Amerika ausgewandert, hat seiner Schwester und seiner hochbetagten Mutter zuerst 1000, später 22 000 und in den letzten Tagen 75 000 Mark überwiesen.

Württemberg.

Stuttgart, 26. Jan. (Brotkipper und Wipper.) Einige Bäcker haben seit einiger Zeit stark untergewichtiges und teilweise auch der Mehlverbesserung nicht entsprechendes Brot verkauft, was bei den Verbrauchern starken Unwillen erregte. Es wurde das Einschreiten der Behörde verlangt. Die Bäckerinnung Stuttgart erklärt nun, sie sei ganz damit einverstanden, wenn gegen den Unjug energisch eingeschritten werde. Sie erwarte von ihren Mitgliedern, daß ihnen die Standesethik höher stehe, als die Verlockungen des das ganze Volksleben vergiftenden Zeitgeistes.

Stuttgart, 26. Jan. (Lohnbewegung.) Die Verhandlungen mit den Straßenbahnern wegen der Lohnforderungen usw. haben noch zu keiner Einigung geführt.

Stuttgart, 26. Jan. (Die Ueberwachungskommission.) In der Nacht vom Sonntag auf Montag ist die feindliche Ueberwachungskommission in zwei Abteilungen hier einetroffen. Sie besteht aus 45 Offizieren und 60 Mann. Es sind Franzosen, Engländer, Belgier und Italiener.

Stuttgart, 26. Jan. (Ertrunken.) Am Freitag nachmittag wurde bei den Zainlerwerken in Untertürkheim ein mit 5 jungen Leuten besetztes Ruderboot von der starken Strömung an den Pfeiler der Neckarbrücke geislandert, sodas es in der Mitte zerbrach. Zwei der Insassen sind ertrunken.



Juffenhaußen, 26. Jan. (Diebstahl.) In der Nacht zum Sonntag wurden aus einem Stalle drei trächtige Fiegen gestohlen.

Tübingen, 26. Jan. (Unglücksfall.) Auf einer dienstlichen Fahrt nach Stuttgart verunglückte Oberleutnant Härtner von der Reichswehr, ein früherer Stomatobeamter, schwer. Als sein Kraftwagen in einem Schönbuchsdorfer einer Schär Gänge ausweichen wollte, fuhr er in einen Langholzswagen. Während der Chauffeur mit heiler Haut davonkam, drang ein Baumstamm mit voller Wucht dem Offizier in die Brust. Der Verunglückte wurde sofort in die hiesige Klinik übergeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Göppingen, 26. Jan. (Christlicher Funder.) Im Vorraum des Hauptpostgebäudes waren neulich 2200 Mark verloren worden. Ein zwölfjähriger Knabe fand sie und brachte das Geld seinem Vater, der ihm veranlaßte, es sofort an das Polizeiamt zu tragen. Der Verlierer ließ dem Funder eine reiche Belohnung zukommen.

Göppingen, 26. Jan. (Geringe Wahlbeteiligung.) Bei der Wahl zur Landwirtschaftskammer stimmten von 63 wahlberechtigten Landwirten, Forstwirten und Gärtnern nur 16 und von 59 landwirtschaftlichen Arbeitern und Gärtnergehilfen nur 4 ab.

Alten, 26. Jan. (Diebstahl.) Einer Gastwirtin wurde eine Samttasche entwendet, die den Betrag von mehr als 13400 Mark enthielt.

Münchingen, 26. Jan. (Gefangenentransport.) Der erste Gefangenentransport aus Frankreich wird am 29. Januar in Münchingen erwartet.

Spaichingen, 26. Jan. (Hohe Holzpreise.) Der Gemeinderat hat dem Verkauf des südtürkischen Langholzes zugestimmt. Los I 300 Festmeter Fichten erhielt zu 1005 1/2 Prozent und Los II (500 Festmeter meist Tannen) zu 957 Prozent des staatlichen Forstpreises von 1919 je die Vereinnahmung hiesiger Sägewerke und Möbelfabriken. Weiters ca. 100 Festmeter wurden zu 957 Prozent an die hiesigen Mitglieder der Schreinerinnung abgegeben.

Bartenstein, 26. Jan. (Milchpreis.) Den Bemühungen des Ortsvorstehers ist es gelungen, den Höchstpreis für 1 Liter Milch von 75 Pfg auf 60 Pfg herabzusetzen.

Marktbericht.

Winnenden, 26. Jan. (Schweinemarkt.) Am letzten Wochenmarkt war der Schweinehandel sehr lebhaft. 62 Milchschweine zum Preise von 200 bis 250 Mk. das Stück.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Der Valutamarkt ist dem Zusammenbruch nahe; er vermag den Druck der Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln bei dem ganz geringfügigen Angebot kaum mehr zu tragen. Je geringer unsere Arbeitsleistungen, je teurer unsere Produktion, desto schlechter die Valuta. Trotz des holländischen Valutakredits von 200 Millionen Gulden dauert die Ueberflutung des Auslands mit deutschen Noten und Forderungen an Deutschland fort. Die Mark gilt jetzt in Zürich 7 1/2 Rappen.

Börse. Die Stimmung im Börsenverkehr charakterisierte sich die ganze Woche über als zunehmend fester. Man kann von der Erneuerung der Hausbewegung im größten Maße sprechen. Auch das Publikum beteiligt sich daran mit starken Kaufaufträgen. Freilich gibt es heute Kenner der Börsenverhältnisse, die sagen, daß auch das Publikum zu Hunderttausenden aus Verlehen besteht, deren ausschließliche Beschäftigung die Spekulation ist, indem die Schiebergewinne an die Börse wandern. Die Kaufaufträge am Industriemarkt, besonders in Montanwerten, waren tagelang nur gegen schwache Kurssteigerungen zu befriedigen. Wenn die Mark in Amsterdam mit 4 gemeldet wird, ist es klar, daß die sogenannten Valutawerte rapid weiter steigen. Neuerdings spielen merikanische und türkische Papiere sowie Kolonialaktien dabei eine tonangebende Rolle. Unsere deutschen Anleihen haben sich wenig verändert. Kriegsanleihe blieb auf 77 1/2, 4prozentige Württemberger auf 78 1/2, tägliches Geld auf 4 1/2, der Privatdiskont auf 4.

Produktenmarkt. Die Aufwärtsbewegung in Haber macht weitere Fortschritte, ebenso in Heu und Stroh. In keinem der drei Artikel vermag das Angebot der Nachfrage auch nur annähernd zu entsprechen. Ebenso ungesund, wie die Metallspekulation, die ein Scheinmarkt in Gold auf mindestens 125 und ein Marktstück in Silber auf annähernd 8 Mark hinauftrieb, lauten auch die Preise für Haber, Heu und Stroh geradezu phantastisch. Im freien Handel ist in dieser Woche der Zentner Heu ebenso wie Haber zum Teil über 100 Mk. hinaufgetrieben worden. Der amtliche Haberpreis in Berlin lautet 137 Mk., geboten werden aber zum Teil 150 Mk.

Warenmarkt. Die Kohlen sind knapper als je. Die Zufuhr hat trotz der wieder günstiger gewordenen Wassertransportverhältnisse keine Vermehrung erfahren. Der Eisenbahntransport ist sogar durch den wachsenden Lokomotivmangel, eine Folge der ungenügenden Arbeitsleistungen in den Werkstätten, weiter zurückgegangen. Die Folge ist die unmittelbare Gefahr einer Eisenbahnverke. Die Lederpreise scheinen ihre Höchstgrenze immer noch nicht erreicht zu haben. Sie haben sich seit Dezember mehr als verdoppelt. — Für Garne und Gewebe ist die Nachfrage stürmisch. Eine Rollenrolle, die in Friedenszeiten mit 15 Pfennig bezahlt wurde, kostet heute 8 Mk. Strümpfe, Kleider usw. folgen entsprechend im Preise. Der Meter Kermelfutter kommt auf 20 Mark.

Auch die Arzneimitteln sind in den Wirbel eingezogen worden. Chinin kostete 1914 noch 44 Mk., Anfangs 1919 schon 137 Mk., Mitte 1919 500 Mk. und jetzt 1200 Mk. Um ein weiteres Beispiel zu nennen, ist Zinkkalk von 26 Mk. in Friedenszeiten jetzt auf 450 Mk. hinaufgetrieben worden. — Inländisches Zement bleibt verschwinden. Sogenannte Schweizer Ware kostet über 60 Mk., fast das Dreifache des Friedenspreises.

Im Weingeschäft gibt es immer noch keine Beruhigung. Ein Fuder (1000 Liter) Rotwein wird mit 10000-20000 Mk. bezahlt. Auch unsere Landweine steigen fortgesetzt. Wir sind nicht mehr weit davon entfernt, bis das Vierteljahr neuer Wein mit 3 Mk., alter mit 4 Mk. bezahlt wird.

Riechmarkt. In der abgelaufenen Woche haben sich die Preise auf den verschiedenen Märkten des Landes nicht wesentlich verändert. Die Zufuhr bestand fast nur aus Milch- und Pansenfleisch. Preise 200-500 Mk. und darunter. Die Viehmärkte werden durch die erschreckend rasch sich ausbreitende Maul- und Klauenseuche immer weiter eingeschränkt.

Holzmarkt. Die Preise bleiben andauernd hoch. Bei den Holzversteigerungen werden die Aufschläge oft um ein Mehrfaches überboten. Leider geht auch noch viel Holz ins Ausland.

Vermischtes.

Abfindung des Königs von Preußen. Das neue Staatsministerium hat über die Vorlage betr. die Abfindung des Königshauses Beschluß gefaßt. Darnach soll der größere Teil der Schlösser in den Staatsbesitz übergehen, ein Teil verbleibt der königlichen Familie, die das Verfügenrecht über das ihr noch verbleibende Vermögen behalten soll. Die wertvollen Einrichtungen und Kunstgegenstände behält der Staat, der dafür eine Geldentschädigung bezahlt. Die Vorlage wird demnächst der Landesversammlung zugehen.

Kohlennot. Im Ruhrgebiet wurden weitere Großbetriebe wegen Kohlenmangels stillgelegt. Andere lassen, um die Arbeiter nicht außer Brot zu setzen, nur Notstandsarbeiten verrichten.

Auch das noch! In Hameln an der Weser (Hannover) brach am Samstag vormittag in der großen Roggenmühle, in der riesige Vorräte an Getreide und Mehl lagern, Feuer aus. Die Mühle gilt für verloren.

Englische Einkäufe. Ein Ausschuf von Farbstoffschadverhandlungen ist aus London nach Deutschland abgereist, um im Auftrag des englischen Handelsamts für 1 1/2 bis 2 Millionen Pfund Sterling deutsche Farbstoffe einzukaufen.

Schenkung. Die Firma Jelten u. Gailfeume N. G. hat dem Oberbürgermeister von Köln die Summe von 100000 Mark überwiesen zur Vinderung der Not für die durch das Hochwasser Geschädigten.

Strafe für Denkmalschänder. Vier junge Leute, ein Versicherungsbeamter, ein Bankbeamter, ein Handlungsgehilfe und ein Gastwirtgehilfe in Leipzig, hatten nach einem Tanzvergnügen das schöne Schillerdenkmal in weißem Marmor mit Schabwische angestrichen. Der Stein konnte bis jetzt noch nicht ganz gereinigt werden. Das Jugendgericht verurteilte die Bubens zu Gefängnisstrafen von 4-6 Wochen.

Großfeuer. Auf dem Flugplatz Warnemünde bei Rostock brach in der Flugzeughalle ein Brand aus, in der 200 Flugzeuge, darunter 2 Riesenflugzeuge, abmontiert zur Ablieferung an die Entente bereit lagen. Die ganze Halle mit allen Flugzeugen verbrannte. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Die Stimmung im Zeitungsgerwerbe. Auf dem Parteitag des Zentrums erklärte der Vertreter Lensing (Dortmund), durch die neue Anzeigensteuer werde dem Zeitungsgerwerbe eine Sonderbelastung von 300 Millionen Mark auferlegt. Das Betriebsrätegesetz sei für die Presse untragbar. Er halte es für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß die politischen Parteien eine Katastrophe erleben können, wenn nicht in aller Eile für die Zeitungen Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Briefmarken-Preise. Vor kurzem hielt das „Marken- und Ganzsachenhaus G. m. b. H.“ in Berlin eine Versteigerung von Briefmarken ab, bei der ganz ungewöhnlich hohe Preise erzielt wurden, besonders für die sogenannten klassischen deutschen Marken. Es wurden bezahlt für einen Dreiersteifen Baden 1851 1 Kreuzer bräunlich 1125 Mk. (Katalogwert für die einzelne Marke je 85 Mk.), Baden 1853, 12 Kr. gelb 7300 Mk. (vorjähriger Katalogwert 2500 Mk.), Bayern 1849 1 Kr. tief-schwarz 1400 Mk. (225 Mk.), Bayern 1879, 1 Mark rötlich u. a. Wasserzeichen: wogrechte Wellenlinien 1025 Mk. (350 Mk.), Deutsch-Kamerun 1914 5 Mark schwarz und rot auf Briefstück 4300 Mk. (1200 Mk.), Braunschweig 1861, 6 g. grünlich durchschoten 1/2 Silbergroschen schwarz auf grün 4700 Mk. (1200 Mk.), Einzelne Bergedarf-Marken erzielten Preise zwischen 1200 und 6800 Mk. (1000 Mk.), Bremer-Marken bis zu 5000 Mk. (2000 Mk.), Mecklenburg-Strelitz 1864 1/2 S. Or. rot-orange auf Briefstück 4200 Mk. (600 Mk.), Oldenburg 1858 1/2 Or. schwarz auf grün 4200 Mk. (1500 Mk.), die bekannte 3 Pfg. rot, Sachsen 1850, die gemischte der altdeutschen Kleinmarken, in je einem Exemplar 11200 Mk. und 9900 Mk. (1750 Mk.).

Petroleum. Die merikanische Regierung hat den ausländischen Gesellschaften die Erlaubnis erteilt, neue Petroleumbrunnen zu bohren.

Das Flugwild. Nach der Statistik werden von Abhällern jährlich 4 Millionen Stück geschossen. Den zweiten Platz nehmen die Wildenten mit 400 000 Stück ein, dann kommen die Fasanen mit 300 000 Stück, die Wachteln mit 150 000 Stück, die Pelikane mit 80 000 Stück, die Kranichvögel mit 65 000 Stück, die Zahl der „Hör-, Viel- und Haischühner beträgt zusammen ein 15 000. Die geringste Zahl weisen die Trappen, das G. u. u. unter den Vögeln, auf, etwa 1200 Stück.

Weimarer Nationalfestspiele. Der Vorstand des Schillerbunds in Weimar hat sich entschlossen, die deutschen Schiller- und Schillerinnen des In- und Auslands a den seit dem Sommer 1913 ausgerichteten Nationalfestspielen einzuladen. Bei den diesjährigen Spielen werden Schillers „Tel“ und „Don Carlos“ sowie Goethes „Torquato Tasso“ zur Aufführung gelangen.

Bohum, 26. Jan. Der Vertreter des Arbeitsministers gab gestern auf der Hauptversammlung des Bergarbeiterverbands für das Ruhrgebiet die Erklärung ab, daß er auch zur Erreichung der Sechsstundenschicht mitwirken werde, nur bitte er, mit der Verwirklichung des Plans solange zu warten, bis die Lage des deutschen Volks dies ermdgliche.

Geisenkirgen, 26. Jan. Der Vertretertag des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter beschloß, grundsätzlich an der Forderung der Sechsstundenschicht festzuhalten, aber angesichts der wirtschaftlichen Lage vorerst die Siebenstundenschicht beizubehalten.

Der Uebergang der Eisenbahnen an das Reich.

Der Beirat der württ. Verkehrsanstalten hielt am Dienstag den 20. Jan. seine erste Sitzung seit dem Regierungswechsel. Zunächst erstattete Präsident Dr. Siegel Bericht über den Uebergang der württ. Staatsbahnen an das Reich. Württemberg ist unter Wahrung des landesmännischen Charakters der Verwaltung und bei

Errichtung einer Eisenbahndirektion in Stuttgart zu einem Anschluß an das Reich bereit. Die von den Ländern begonnenen Bauten müssen, soweit das Bedürfnis vorliegt, zu Ende geführt werden; falls hierüber keine Einigung zu erzielen sei, sei die Entscheidung dem Staatsgerichtshof zu unterbreiten. Ob das preussische Eisenbahngesetz, das den am Bau einer Bahn interessierten Gemeinden und Amtsbezirken die halben Kosten des Baukapitals auferlegt, vom Reich übernommen werde, sei noch unentschieden. Geht das, so würde, da sich heute der Kilometer Vollbahnbau auf 1/2 Million Mark stelle, und sich bald auf 600-700 000 Mk. erhöhen werde, der Bau von Kleinbahnen unmöglich werden. Es werden künftig nur 2 Klassen, 1 Holz- und 1 Kohlenklasse, geführt werden. Bei Vergebung von Leistungen und Arbeiten sollen die Unternehmer der Länder möglichst gleichmäßig herangezogen werden. Die Uebernahme erfolge nach dem Anlagekapital. Württemberg könne damit einverstanden sein, zumal, wenn der Abmangel, der 1918 bis 1919 180 Mill. Mk. betrage und im laufenden Jahr 1919 bis 1920 weit über 200 Mill. Mk. steigen werde, vom Reich übernommen werde. Unter Abwägung der weitgehenden Forderungen Bayerns soll in jedem Land der Sitz von mindestens 1 Eisenbahn-Provinzialbehörde sein. Auf Wunsch eines Landes werde das Reichsverkehrsministerium einen besonderen Vertreter bei der Regierung des Landes bestellen, der Landesangehöriger und gleichzeitig Mitglied einer Reichseisenbahnbehörde des betr. Landes sei. Für die Uebergangszeit sollen in den einzelnen Ländern sogen. Verkehrsämter eingerichtet werden. — Der Beirat beschloß, der Regierung vorzuschlagen, die gleichen Rechte, die Bayern für sich in Anspruch nimmt, auch für Württemberg zu ordern.

Für die Schiffsahrtstelle am Bodensee ist von Württemberg Friedrichshafen in Aussicht genommen. Von dort soll eine Dampfschiffahrt nach Romanshorn eingerichtet werden. Tagelohn werde für die Schiffsahrtstelle von Baden Konstanz, von Bayern Lindau vorgeschlagen. Für den württ. Vorschlag wurde geltend gemacht, daß Friedrichshafen für den Nord-Südverkehr wirtschaftlich und geographisch der wichtigste Punkt sei. Der Nord-Südverkehr würde um etwa 100 Km. gekürzt und die Seestrecke betrüge nur 12 Km. — Der Beirat stimmte einer Erhöhung der Güter- und Tierartarife um 100 Prozent ab 1. März ds. Js. an. Auch eine starke Erhöhung der Personentarife werde nicht zu vermeiden sein.

Was soll die „Grenz-Spende“? Deutsches Land und deutsche Menschen soll sie deutsch erhalten. Deutsches Land, von dessen unermesslichen Werten in unserem Volk noch nicht annähernd die rechte Vorstellung besteht. Die Abteilungs-Gebiete in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien stellen ein Gebiet dar, das genau so groß ist wie Sachsen und Württemberg zusammen, ein Gebiet, auf dem über 3 1/2 Millionen Menschen wohnen. Es handelt sich um Land, das über die Hälfte aller deutschen Kohle in seinem Schoße birgt, Land, das sich selbst ernährt und dazu für das innere Reich alljährlich an Reichswohlstand fast 300 Millionen Reichsmark beiträgt, Land, das außer den eigenen Bewohnern 6 1/2 Millionen Menschen satt machen kann. Müssen wir nur für sie die notwendige Nahrung aus dem Aus- und holen; so betrüge allein hierfür der Unterschied im Preise mehr als sechs Milliarden Mark im Jahre. — Wer daher durch einen Beitrag zur „Grenz-Spende“ die Deutschhaltung jener deutschen Länder fördert, der schafft sich selbst wirtschaftliche Entlastungen für die Zukunft. Beiträge für die Grenz-Spende nimmt der Verlag der Zeitung, der darüber öffentlich quittiert, unter dem Kennwort „Grenz-Spende“ entgegen. Einzahlungen können auch bei den Banken oder auf Bankcheckkonto Berlin Nr. 73776 erfolgen.

Das Vaterland über die Post
auf deutsches Land erhalten!
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postcheckkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schutzbund, Berlin NW 24

Locales.

Deinkehr der Kriegsgefangenen. In der vergangenen Woche sind 13 000 Gefangene im besetzten Gebiet eingetroffen. In der laufenden Woche sollen 26 000 Gefangene ankommen. In Guxhagen sind am Montag 551 Kriegsgefangene aus Frankreich geantel worden.

Die württ. Landwirtschaftskammerwagen. Von den Wahlbezirken 2-4 liegt jetzt das Ergebnis vor. In diesen drei Bezirken ist der Wahlvorschlag des landwirtschaftlichen Hauptverbands und des schwäbischen Bauernvereins glatt durchgegangen. Vom 1. Wahlbezirk (Jagstkreis) ist noch nicht bekannt, welchem Wahlvorschlag der 13. Sitz zufällt. Es erhielten: der Hauptverband ungefähr 1.200.000 Stimmen, die Fideikommissgemeinden etwa 40.000, die Kleinbauern, die mit den Sozialdemokraten einig gingen, etwa 30.000, und die Milchgossenschaften ungefähr 7000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 55-65 Prozent.

Verlorene Eisenbahnwagen. Wie das Amtsblatt der Württ. Verkehrsstellen mitteilt, wird vom 1. Februar ds. Js. an die Belohnung für jeden aufgefundenen Wagen der Eisenbahnverwaltung auf 3 Mk. erhöht.

Eine erleichterte Reiseprüfung für Kriegsteilnehmer wird im Anschluß an den Lehrgang für Kriegsteilnehmer Anfang März in Stuttgart abgehalten, zu der auch solche Kriegsteilnehmer zugelassen werden, die sich privatim vorbereitet haben.

Der Entlassungsantrag. Von der Kommission für Entlassungsanträge werden von den in überaus großer Anzahl eingegangenen Gesuchen um Bewilligung eines Entlassungsantrags nur die im Juli und August 1919 eingegangenen erledigt. Im Interesse einer raschen Erledigung der Gesuche sollten mündliche und schriftliche Nachfragen möglichst unterlassen werden. Von der Entscheidung jedes Gesuchs wird der Besuchler durch das zuständige Versorgungsamt (Bezirkskommando) benachrichtigt.

Saluta. Am Montag galt die Weismark in der Schweiz noch 6 1/2 Rappen (5 Pfennig). Bis zum nächsten ist es nicht mehr weit. Dann können wir für deutsches Geld im Ausland überhaupt nichts mehr kaufen.

Die Reichsverfassung den Schülern. Die nach Artikel 148 Absatz 3 der Reichsverfassung an die Schüler nach Beendigung der Schule zu auszubeh-

digenden Abdrücke der Reichsverfassung werden nach Schluß des diesjährigen Schuljahres zum erstenmal von Reichswegen zur Verteilung kommen.

Verbot des Silberhandels. Die Freigabe des Verkaufs von Silbermünzen hat, wie zu erwarten war, zu einer großen Münzenschieberei geführt. Die Verlauterung soll die Freigabe des Verkaufs wieder aufgehoben und der Ankauf den Reichsbankstellen und den Reichsbehörden übertragen werden. Die noch im Reich vorhandenen Münzenvorräte werden amtlich auf 500 Millionen Mark geschätzt. Der Betrag dürfte viel zu hoch gegriffen sein, denn weitläufig das meiste Übergeld ist längst außer Landes.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Die Mehrausgaben infolge des neuen Votariats der Eisenbahnen werden, wie aus Berlin gemeldet wird, über 1 1/2 Milliarden betragen. Die Erhöhung der Eisenbahntarife vom 1. März an, wird dementsprechend wohl an 100 Prozent heranreichen.

Feuerungszulagen. Dem württ. Landtag wird eine Vorlage der Regierung zugehen, wodurch die Gemeinden und Körperschaften gezwungen werden, ihren Beamten Feuerungszulagen zu gewähren.

Die Konfirmation findet in Württemberg am 11. April, die Abendmahlsfeier am 18. April statt.

Preiserhöhungen. Der Preis für in Deutschland hergestellte Margarine ist von 8.97 auf 14 Mark das Kilo erhöht worden. Der Preis für Zink, der bisher 510 Pf. für den Doppelzentner betrug, wurde auf 650 Pf. hinaufgesetzt; die Preise für Dofen ab 15. Januar um 20 Prozent.

Das Beschlagnahme auf den staatlichen Plätzen in Württemberg ist von 10 auf 70 Mark erhöht worden.

Zuverlässigkeit. Die Zuverlässigkeit im Deutschen Reich hat in den ersten drei Monaten des Betriebsjahres (September, Oktober und November 1919) rund 8.835.200 Zentner betragen gegen 16.292.200 Ztr. im Vorjahr.

Die Brotkrone. Die gemeldete Herabsetzung der Brotkrone ist, wie heute amtlich aus Berlin mitgeteilt wird, vorläufig nicht beabsichtigt. Es scheinen sich starke Widerstände dagegen gezeigt zu haben. Vom 1. Februar an wird das Getreide statt zu 84 zu 90 Prozent (im vorigen Jahr 96 Prozent) ausgemahlen. Die Kohlen für die Trichterarbeiten sind endlich auf dem Weg. Die großen landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands fordern alle Landwirte dringend auf, durch beschleunigte Ablieferung des verfügbaren Getreides die schwere Notlage überwinden zu helfen.

Teure Seifen. Die Seifen-Verstellungs- und Vertriebsgesellschaft hat die Preise folgendermaßen erhöht: Kernseife 300 Gramm 7 Mark, 100 Gramm 3.75 Mk., Seifenpulver 1.50 Mark das halbe Pfund.

Stecher Wis. Die Nachricht des „Oberjäger Anzeigers“, einem oberschwäbischen Landwirt seien Papiere Scheine im Wert von 160.000 Mark von Mäusen gefressen worden, beruht auf einem schlechten Witz.

Schlafkrankheit. In Londoner Krankenhäuser sind 16 mit Schlafkrankheit behaftete Personen eingeliefert worden.

Aus dem Bezirk.

Wildbad, 28. Jan. Der hiesige Ortsverein der Württ. Bürgerpartei veranstaltet am Samstag, den 31. Januar abends 7/8 Uhr in der Turnhalle eine öffentliche Versammlung, zu welcher der Landtagsabgeordnete Bazille, Fraktionsvorsitzender der Württ. Bürgerpartei, als Redner gewonnen wurde. Herr Oberamtmann Bazille, der über „Unsere politische Lage“ spricht, ist nicht nur ein glänzender Redner, sondern auch ein sehr bedeutender Sozial- und Staatspolitiker, so daß seinen Ausführungen wohl Jedermann, welcher politischen Richtung er auch zugehört, mit größtem Interesse entgegensehen wird; dies umso mehr als wohl in absehbarer Zeit Reichs- und Landtagswahlen, sowie die Reichspräsidentenwahl zu erwarten sind.

Samstag, den 31. Januar 1920

abends 7 Uhr

Grosse öffentliche

Volks-Versammlung

im Gasthaus zur „Alten Linde“.

Jedermann ist eingeladen.

Redner: Stadtrat Grosshans aus Stuttgart
Erscheint in Massen.

Unabh. sozialdem. Partei
Ortsgruppe Wildbad.

Französische
Toiletteseife,

Stück Mk. 4.20 und
Mk. 7.50.

— bei —

Chr. Schmid & Sohn
König-Karlstr. 68.

Herren-
Anzugstoffe
prima Qualitäten

soeben eingetroffen und em-
pfehlen solche

R. Rixinger,
Schneidernstr.

Gartenanteil,
(möglichst am Stappelberg)
sucht zu pachten.

Angebote mit Preisangabe
unter G. N. 21 an die
Expd. ds. Blattes erbeten.

Chr. Schmid & Sohn

Gummi-
Hosenträger

von Mk. 14.50 an

Wildbad
König-Karlstr. 68.

„Immer grün“
Wildbad.

Heute Abend 8 Uhr
außerordentliche
Versammlung

in „Wilden Mann“ (Neben-
zimmer).

Tagesordnung:
1) Wahl d. Ehrenvorstandes
2) Zweckänderung
3) Verschiedenes.

Der Ausschuss.

Bettmässen

Belieferung garantiert sofort. Alter
und Geschlecht angeben. Auskunft
umsonst. Versandhaus Wohl-
fabrik, München 111 Isabella-
str. 12.

Ärztliche Mitteilung!

Ortsübliche Mindesttaxe für die Privatpraxis
(gültig ab 1. Januar 1920 bis zur Neuregelung)

- | | |
|--|--------|
| 1. Besuch (im Ort) | Mk. 8 |
| Jeder weitere Besuch (in
derselben Krankheit) | Mk. 6 |
| Jede Beratung | Mk. 5 |
| Jeder Nachtbesuch und Eil-
besuch | Mk. 16 |
| Jede Nachtberatung | Mk. 10 |

Auf die Bestimmungen der Gebühren-
Ordnung im allgemeinen eine Erhöhung
von 150 Prozent.

Ärzteverein für das Oberamt Neuenbürg.

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der

Direction der Disconto-Gesellschaft
Zweigstelle Wildbad

früher Stahl & Federer, Aktiengesellschaft Filiale Wildbad.

Staatspapiere.	Pfandbriefe.
5% Deutsch. Reichsanleihe 77.-	4% D. Hypothekenbank
4% dergl. —	(Berlin) per 1921 —
3 1/2% dergl. —	4% Frankf. Hypothekenbank 103.-
3% dergl. —	3 1/2% dergl. — 89.-
5% I. Deutsche Schatzanw. 99.50	4% Frkt. Hypoth.-Credit 98.75
5% II. dergl. 91.75	3 1/2% dergl. - Serie 45 - —
5% III. dergl. 92.-	4% Hamburger Hypothek. 99.80
4 1/2% IV. u. V. Deutsche	4% Meining. Hypothek.
Schatzanweisungen 76.-	1921/22 100.-
4 1/2% VI.-IX. dergl. 72.50	4% Mitteld. Boden.-Credit
4 1/2% dergl. p. 1. 4. 1924 83.-	Groix/Pft. per 1922 93.-
4% Preuss. Konsols —	4% Preuss. Centr.-Bod.-Gr.
3 1/2% dergl. —	per 1922 99.65
3% dergl. —	3 1/2% dergl. von 1886/96 —
4% Rad. Staats-Anleihe v.	4% Rhein. Hypothekenbank 100.50
1908/14 77.-	3 1/2% dergl. - verlosbar - 88.50
4% dergl. von 1919 77.50	3 1/2% dergl. - unverlosbar - 81.50
3 1/2% dergl. v. 1922/24 —	
3 1/2% dergl. v. 1907 62.-	
4% Bayer. Eisenbahn-Anl. 71.50	
3 1/2% dergl. 59.15	
4% Hess. Staats-Anleihe v.	
1899/1909 —	
3 1/2% dergl. —	
4% Württ. Staats-Anleihe 75.-	
3 1/2% dergl. v. 1875 92.-	
3 1/2% dergl. v. 1879/80 71.50	
1885/95 —	
3 1/2% dergl. v. 1881/85, L-O 62.-	
3 1/2% dergl. v. 1903 u. ff. 62.-	
3% dergl. 57.50	
Städte-Obligat.	
4% Esslinger per 1919 92.-	
4% Stuttgarter p. 1913/16 97.50	
3 1/2% dergl. per 1912 84.50	
Pfandbriefe.	
4% Württ. Hypothekenbank	
1908/23 101.50	
3 1/2% dergl. - verlosbar - 90.50	
3 1/2% dergl. per 1912/15 83.50	
4% Württ. Kreditverein 102.-	
3 1/2% dergl. - ganzjährig - 98.-	
3 1/2% dergl. - halbjährig - 90.-	
4% Bayer. Hypotheken-u.	
Wechselbank 101.-	
4% dergl. - unverlosbar - 87.50	
3% D. Grundkreditbank	
Gotha, Abt. 19 99.-	

Industrie- Obligationen.	Aktien.
4 1/2% Bad. Anilin-u. Sodaf. 108.-	Badische Anilin 500.-
4 1/2% Maschinenfab. Essling. 101.-	Bochumer Gusstahl 310.-
4 1/2% Stuttg. Strassenbahn 101.-	Brauerei Tivoli 124.-
	Brauerei Walle 131.-
	Chem.-Fabrik Griesheim 262.-
	Daimler Werke 313.50
	Deutsche Bank 289.-
	Deutsche Verlagsanstalt 300.-
	Disc.-Kommandit Antelle 304.75
	Gelsenkirchener Gusstahl 195.-
	Hamburg-Amerika Paketf. 158.-
	Harpener Bergbau 385.-
	Gabr. Jungmann 398.-
	Maschinenfabrik Esslingen 296.-
	Nordd. Lloyd 175.25
	Württ. Hypothekenbank 165.-
	Württ. Kattunmanufaktur 240.-

Devisen.
Deutsch-Oesterreich 27.95
Holland 3897.50
Norwegen 1828.50
Schweden 1978.50
Schweiz 1838.25

Zum An- und Verkauf von Wertpapieren, wie auch zu deren Aufbewahrung und Verwaltung halten wir uns bestens empfohlen.

Preissteigerung
Fuchsfelle
400 Mk. u. mehr
Marderfelle
450 Mk. u. mehr
Katzenfelle
20 Mk. u. mehr
Feldhasenfelle
bis 20 Mk.
Stallhasenfelle
bis 11 Mk.
Eichhorn 3 Mk.
Maulwurf weissleder
5 Mk.
Rehfelle 50 Mk.
Obige Preise
bezahle jetzt für gutbe-
handelte Winterfelle.
Weißgerben v. Fellen
aller Art.
E. Waischhofer
Moderne Cirruskopfferei
Pforzheim Lindenstr. 52
Telephon 1501. (376)

**Tüchtiger
Schmied**
und zuverlässiger
Fuhrmann
zu sofortigem Eintritt
gesucht.
**Papierfabrik
Wildbad.**
**Altgold, Silber
und Platin**
wird angekauft.
Bezahle für eine Silbermark
7.20 Mk. für 20 Mt. in
Gold 240 Mk.
Carl Schöttle, Pforzheim,
Dillsteinerstr. 33.

**Frische
Batterien**
Stück 1,85
— bei —
Chr. Schmid & Sohn
König-Karlstr. 68.
**Ordentliche
Monatsfrau**
für sofort von 8 bis 11
Uhr gesucht.
Wer, sagt die Expd.
Fußball-Verein
Vereinigung Fußball-
und Sportverein
Wildbad.
Heute Abend
1/2 8 Uhr
im Gasthaus zur Silberburg
Ausfußigung.
Dringendes Erscheinen er-
wünscht
Der Vorstand.

